

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Montag

25. Mai 1925

Berlag und Anzeigenabteilung  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Derwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

## Linkserfolg in Oldenburg.

### Feste Linksmehrheit. — Niederlage der rechtsgerichteten Beamtenregierung.

Rüstringen, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das vorläufige Wahlergebnis der Landtagswahlen in Oldenburg ist folgendes:

Sozialdemokraten	39 144 Stimmen = 9 (bisher 12) Mandate
Zentrum	42 704 = 10 ( - 10) -
Demokraten	23 827 = 5 ( - 9) -
Landesblock	60 517 = 15 ( - 14) -
Deutschnationale	4 503 = 1 ( - 1) -
Kommunisten	3 644 = 0 ( - 2) -

Da die Wahlbeteiligung erheblich zurückgegangen ist, besteht der neue Oldenburger Landtag nur noch aus 40 Mitgliedern, während der alte Landtag aus 48 Mitgliedern bestand. Im alten Landtag verfügte die Weimarer Koalition über 31 Sitze gegenüber 14 Rechtsparteiern und 3 Kommunisten. Im neuen Landtag verfügt die Weimarer Koalition über 24 Sitze gegen 16 Sitze des Rechtsblocks und der Deutschnationalen.

Das Wahlergebnis in Oldenburg zeigt die Schwankungen, die sich seit dem Jahre 1923 im politischen Leben vollzogen haben. Die Vergleichsstimmenzahl für das Jahr 1923 sind die folgenden: Zentrum 38 000 Stimmen, Sozialdemokraten 44 000 Stimmen, Demokraten 33 000 Stimmen, Landesblock 57 000 Stimmen, Kommunisten 11 000 Stimmen. Gemessen an diesen Vergleichszahlen verlor die Weimarer Koalition 11 000 Stimmen und der Rechtsblock gewinnt 3000 Stimmen.

Ganz anders wird das Bild jedoch, wenn man die Hindenburgwahl zum Vergleich heranzieht. Im Landesteil Oldenburg erhielten bei der Hindenburgwahl die Weimarer Koalition rund 98 000 Stimmen, während der Hindenburgblock, der mit dem Landesblock unter Einfluß der Nationalen identisch ist, 96 000 Stimmen erhielt. Bei dieser Wahl hat die Weimarer Koalition im Landesteil Oldenburg 88 756 Stimmen aufgebracht, der Landesblock einschließlich der Nationalen aber 53 358 Stimmen. Während also der Linksblock infolge des Rückganges der Wahlbeteiligung gegenüber der Hindenburgwahl rund 9000 Stimmen einbüßt, verlor der Rechtsblock 43 000 Stimmen, über 40 Prozent seiner Stimmzahl bei der Hindenburgwahl.

Diese Wahl ist ein Erfolg des Linksblocks. Sie zeigt, daß aus dem Ergebnis der Hindenburg-Wahl allgemeine politische Schlussfolgerungen für die innere politische Lage Deutschlands nicht gezogen werden dürfen. Die Politiker des Rechtsblocks, die in der Hindenburg-Wahl ein Zeichen der Wendung des deutschen Volkes zum Rechtskurs erblickten wollten, sind sehr im Irrtum.

Die Oldenburger Wahl ist vor allen Dingen aber ein politischer Erfolg. In dem Landtag, der im Juni 1923 gewählt wurde, bestand eine Mehrheit der Weimarer Koalition. Es kam jedoch nicht zur Bildung einer Weimarer Regierung, da das Zentrum unter dem Druck der Banerischen Volkspartei nicht für eine Regierung der kleinen Koalition zu-

haben war und weil die Deutsche Volkspartei, die in Oldenburg schon damals mit den Deutschnationalen auf das engste verbunden war, eine Regierung der großen Koalition ablehnte. Die Folge war, daß eine reine Beamtenregierung eingesetzt wurde, die unter dem politischen Einfluß der Rechtsparteien stand. Als das Zentrum, um dem sich daraus ergebenden Zustände ein Ende zu machen, sich einschloß, eine Regierung der Weimarer Koalition zu bilden, zeigte sich der Rechtscharakter der Oldenburger Beamtenregierung. Sie erhielt im Landtag ein Mißtrauensvotum mit 33 gegen 14 Stimmen.

Da aber die Rechtsparteien an eine allgemeine Entwicklung nach rechts glaubten, weigerte sich die Regierung, zurückzutreten. Sie löste kurzerhand den Landtag auf. Der Wahlkampf wurde mit großer Heftigkeit geführt. Der Landesblock wollte, wenn auch nicht eine klare Mehrheit gewinnen, so doch wenigstens eine solche Verschiebung herbeiführen, daß das Oldenburger Zentrum sich nicht an einer Regierung der Weimarer Koalition beteiligen würde. Die Methoden der Rechtsparteien in der Hindenburgwahl wurden bei dieser Landtagswahl wiederholt. Mit Hilfe eines unglaublichen Terrors mit Flugblättern, die von Verleumdungen und Berderungen ströhren, wurde der Wahlkampf vom Landesblock geführt. Aber diese Methoden konnten nicht verhindern, daß der Landesblock gegenüber der Hindenburgwahl in den städtischen Bezirken, so namentlich im Hauptlandesteil Oldenburg und vor allem in Rüstringen, einen katastrophalen Stimmenverlust erlitt. Nur auf dem flachen Lande konnte er sich einigermaßen behaupten.

Der Angriff gegen die klare und große Mehrheit der Weimarer Koalition im Oldenburger Landtag ist abgeklungen. Die Beamtenregierung, die sich auf die Rechtsparteien stützte, ist ins Unrecht gesetzt worden. Sie hat gegen das Mißtrauensvotum des Landtages an die Wähler appelliert. Die Wähler haben ihr ein nicht minder effektantes Mißtrauensvotum gegeben. Sie ist erledigt, und damit die Hoffnungen der Rechtsparteien in Oldenburg.

### Das Wahlergebnis nach Landesteilen.

Oldenburg, 24. Mai. (M.B.) Bei den heutigen Landtagswahlen in den Landesteilen Oldenburg, Lüneburg und Birkenfeld wurden abgegeben:

Landesteil Oldenburg: Zentrum 39 849, Landesblock 48 538, Kommunisten 2775, Sozialdemokraten 29 973, Demokraten 20 541, Deutschnationale 4503 Stimmen.

Landesteil Lüneburg: Zentrum 315, Landesblock 6801, Kommunisten 483, Sozialdemokraten 6600, Demokraten 2019 Stimmen.

Landesteil Birkenfeld: Zentrum 2540, Landesblock 5578, Kommunisten 375, Sozialdemokraten 2571, Demokraten 1267 Stimmen.

Feuer ist inzwischen erloschen, aber die beiden Orte zeigen das trostlose Bild einer völligen Zerstörung. Sachverständige erklären, daß keine Gefahr eines weiteren Erdstoßes bestehe. Flüchtlinge von Badepätzen an den heißen Quellen von Kinofaki teilen mit, dort seien die Erdstöße fürchterlicher gewesen, als an irgendeiner anderen Stelle. Beinahe alle Hotels seien auf den ersten Stoß eingestürzt. Die Badegäste seien unbedeckt in das Freie gestürzt; eine große Zahl von ihnen sei sofort in dem erstickenden Qualm zusammengebrochen. An der Eisenbahnstation von Kinofaki fanden zahlreiche Reisende den Tod. Ein Beamter in Kinofaki erklärte, daß die Ansprüche an die Versicherungsgesellschaften in Kinofaki allein zehn Millionen Yen betragen werden.

### Der Herd des Erdbebens.

Ueber das Erdbeben in Japan sind in der Erdbebenkarte des Potsdamer geodätischen Instituts mit verschiedenen Seismographen genaue Aufzeichnungen gemacht worden. Das Beben begann um 3 Uhr 31 Min. 37 Sek. mitteleuropäischer Zeit, das entspricht 11 Uhr 21 Min. 37 Sek. japanischer Zeit. Das Beben dauerte bis 5 Uhr mitteleuropäischer Zeit und erreichte gegen 4 Uhr sein Maximum. Nach den Aufzeichnungen zu schließen, trug dieses Beben schwächeren Charakter als das von 1923. Ob auch die zerstörenden Wirkungen geringer gewesen sind, läßt sich daraus nicht folgern, da dies noch von anderen Faktoren abhängen kann. Der Herd des Erdbebens scheint im Meere zu liegen.

### Keine Nachricht von Amundsen.

#### Eine Rundschaffterfahrt der „Hobby“.

Ueber Amundsen liegen keine Meldungen vor. Wie das Meteorologische Institut mitteilt, waren die Flugverhältnisse auf Spitzbergen am Sonntag nachmittag besser als vormittag. Der Himmel ist leicht bewölkt, die Temperatur 2 Grad unter Null. Am Sonnabend herrschte auf Spitzbergen dichter Nebel. Die beiden Schiffe „Fram“ und „Hobby“ kreuzen vor Spitzbergen. Die „Hobby“ führte am Sonnabend eine Rundschaffterfahrt bis an die Nordspitze von Spitzbergen aus, um eine Spur von Amundsen zu entdecken. Er kehrte aber abends 8 Uhr unverrichteter Sache zurück.

### Das Erdbeben in Japan.

#### Bisherige Feststellung: 350 Tote, 1200 Verwundete.

Paris, 25. Mai. (T.L.) Nach einem offiziellen japanischen Bericht sind bei dem Erdbeben 350 Personen getötet und 1200 verwundet worden. Nach einer Radio-Meldung aus Tokio kehrt die von Panik ergriffene Bevölkerung wieder nach Tokyo zurück. Der Eisenbahnverkehr ist wiederhergestellt. 2000 Häuser wurden zerstört, 12 000 Personen sind obdachlos. Der Sachschaden beläuft sich auf 10 Millionen Pfund Sterling.

### Die zerstörten Orte.

New York, 25. Mai. (E.P.) Nach den letzten Meldungen aus Tokio bestätigt es sich, daß vor allem 3 Städte durch das vorgestrichene Erdbeben zerstört worden sind, nämlich der Badeort Kinofaki, ferner Tokyo und Kaminasa. Entgegen den ersten Meldungen haben auch Osaka, die heilige Stadt Kioto und Kobe gelitten, wenn auch in geringerer Ausmaße. Das heimgejagte Gebiet ist besonders durch seine ausgedehnte Seidenindustrie bekannt. Von Tokio und Hofohama sind Flugzeuge ausgebracht, um den Umfang der Katastrophe genau festzustellen. Kurz nach dem Erdbeben ist der Vulkan Pategataka in der Provinz Schimano ausgebrochen.

London, 25. Mai. (M.B.) „Evening News“ meldet aus Tokio: Das Silberbergwerk Itano, das größte in ganz Japan, erlitt schwere Beschädigungen durch den Einsturz mehrerer Stellen. Einer weiteren Meldung aus Tokio zufolge sind Ärzte und Sanitätsmannschaften des Roten Kreuzes mit Rettungsmaterial aller Art so rasch wie möglich nach dem Erdbebengebiet abgefordert worden. Ein Flugzeug mit Reportern und Photographen ist aus dem Erdbebenbezirk angekommen; es wird berichtet, daß die Katastrophe von ähnlicher Heftigkeit gewesen sei wie das große Erdbeben im September 1923. Aus Tokyo wird gemeldet, daß Tausende ohne Unterkunft seien. Der Einsturz von Mädchenschulen hat zahlreiche Unfälle herbeigeführt.

### Toyoka und Kinofaki durch Feuer zerstört.

Osaka, 25. Mai. (M.B.) In Kinofaki und Toyoka entstand nach dem Erdbeben Feuer. Die wilde Flucht verängstigter Menschen führte Hunderte von Unglücksfällen herbei. Das

## „Liberalismus.“

### Zur Tagung der Deutschen Volkspartei.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat am Sonnabend und am Sonntag in Berlin eine Tagung abgehalten, die mit einer Rede des Reichstagsabgeordneten Oberbürgermeister a. D. Dr. Most über „den liberalen Gedanken in der Deutschen Volkspartei“ eingeleitet wurde. Das Thema war geeignet, große Spannung hervorzurufen, denn vom „liberalen Gedanken“ in der Deutschen Volkspartei hat man schon längst etwas zu sehen gewünscht.

Beispielsweise: der „liberale Gedanke“ ist auf wirtschaftspolitischen Gebiet stets schutzlos feindlich gewesen, der Liberalismus hat hier seine Wurzel im Freihändlertum. Kampf gegen den Brotzoll war eine seiner wichtigsten Aufgaben. Die Nationalliberale Partei, die sich jetzt Deutsche Volkspartei nennt, ist aber schon 1878 schutzlos geworden, sie hat schon damals Getreidezölle bewilligt, um für die ihr nahestehende Schwerindustrie Eisenzölle zu erhalten. Das war der Sündenfall der Nationalliberalen Partei in den Materialismus, in die Abhängigkeit von wirtschaftspolitischen Interessengruppen. Was hat sie seither getan, um sich aus ihr zu befreien? Das alte Spiel geht weiter, das Geschäft von 1878 soll im Jahre 1925 seine Wiederholung finden. Wo ist da „der liberale Gedanke“ geblieben?

Oder: die Farben des deutschen Liberalismus sind — wer bezweifelt es? — von alters her Schwarz-Rot-Gold. Unter diesen Farben wurde der Kampf um die deutsche Freiheit und Einheit geführt, nicht nur von den radikalsten, sondern auch von den gemäßigten Elementen des deutschen Bürgertums. Schwarz-Rot-Gold, das sind die Farben des „liberalen Gedankens“ in Deutschland. Aber die Deutsche Volkspartei hat diesen Farben bis zum heutigen Tage Anerkennung und Schutz verweigert, sie steht mit jenen im Bunde, welche diese Farben beschimpfen und beschmähren. Wo ist da „der liberale Gedanke“ geblieben?

Um in der heutigen Deutschen Volkspartei einen „liberalen Gedanken“ zu entdecken, muß sich der Oberbürgermeister a. D. Dr. Most schon seinen eigenen Liberalismus konstruieren. Er tut das folgendermaßen:

Liberalismus auf der einen, Sozialismus und Demokratie auf der anderen Seite verhalten sich wie Feuer und Wasser: dort Massenherrschaft, hier persönliches Verantwortungsgefühl. Liberale und konservative Weltanschauung gehen weitest auseinander: in der Ehrfurcht vor dem historischen Gewordenen, im Bekenntnis zum nationalen Machtgedanken, in der Belegung des Schwergewichtes der Entscheidung in die eigene Seele.

Es ist Herrn Most ohne weiteres zuzugeben, daß sich Liberalismus und Sozialismus als Wirtschaftsauffassungen „wie Feuer und Wasser“ voneinander verhalten. Denn die alte liberale Wirtschaftsauffassung glaubte, durch das freie, vom Staat unbefruchtete Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zur höchsten Wohlfahrt aller Einzelnen gelangen zu können; eben darum war sie nach außen freihändlerisch, nach innen Gegnerin jeder staatlichen Einmischung in das wirtschaftliche Gebiete. Aber dieser Wirtschaftsliberalismus ist ja, wie schon bemerkt, von den Nationalliberalen seit 1878 völlig preisgegeben. Heute besteht der Unterschied zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie auf diesem Gebiet darin, daß die Volkspartei den Staat für die wirtschaftlich Starken, die Sozialdemokratie aber ihr für die wirtschaftlich Schwachen einspannen möchte. Wenn man will, kann man auch hier von einem Gegensatz wie „zwischen Feuer und Wasser“ sprechen, nur mit dem „liberalen Gedanken“ hat das wahrhaftig gar nichts mehr zu tun.

Wie aber steht es mit dem politischen Gegensatz zwischen Liberalismus und Demokratie? Da kann doch die Demokratie nur als die letzte Konsequenz eines wirklichen Liberalismus betrachtet werden! Wenn liberal sein heißt, die Freiheit wollen, wenn liberal sein heißt, der Persönlichkeit zur Geltung zu verhelfen, dann muß in Konsequenz des liberalen Gedankens die Persönlichkeit in jedem geachtet werden. Herr Most nennt Kant und Fichte als Väter des „liberalen Gedankens“. Aber hat nicht Kant der französischen Revolution bis zum Tode gehuldigt, hat nicht Fichte als sein Jünger die „Gleichheit alles dessen“ gepredigt, „was Menschenanständig trägt“? Wie vertragen sich solche Auffassungen mit den Tiraden des Herrn Oberbürgermeisters gegen „die Gleichmacherei“? Mit seinem Unfinn von der Bedrohung der „Freiheit der Persönlichkeit“ durch die „Herrschaft der Masse“?

Darf man fragen, wie sich die Deutsche Volkspartei nun eigentlich das Wasser des Liberalismus vorstellt, wenn die Demokratie für sie „das Feuer“ ist? Es dürfte doch ein recht trübes Wässerchen sein! Immerhin, wir sind begierig, den „liberalen“ Zukunftsstaat kennen zu lernen, den die Volkspartei dem demokratischen Gegenwartsstaat entgegenzustellen hat. Was will sie eigentlich? Kündigt sie die Rückkehr zu ihren alten Idealen an, zu den politischen Privilegien für „Besitz und Bildung“, zum Pluralwahlrecht für die dicken Steuerzahler und die mit Herrn Most auf gleicher politischer Bildungstufe stehenden Oberlehrer, Richter usw.? Da oder Nein? Wenn ja, soll sie es sagen! Wenn nein, soll sie zugeben, daß alle Redensarten ihres referierenden Oberbürgermeisters a. D. weiter nichts als eine gedankenlose Anhäufung veralteter Schlagworte sind!

Es erübrigt sich nach alledem, lange Untersuchungen darüber anzustellen, ob der „nationale Machtgedanke“ mit dem „liberalen Gedanken“ sonderlich viel zu schaffen hat. Uns scheint gerade hier das Bild von „Feuer und Wasser“ be-



sonders angebracht zu sein. Denn der liberale Gedanke ist eben — siehe Kant, siehe Fichte! — Rechtsgedanke und als solcher dem bloßen „Machtgedanken“ gerademwegs entgegen-

gesetzt. Es hätte uns gefreut, wenn es Herrn Most gelungen wäre, in der Deutschen Volkspartei einige Spuren des liberalen Gedankens chemisch nachzuweisen. Leider zeigt die genauere Analyse, daß sich der echte liberale Gedanke zu den Ideen, die Herr Most dafür ausgibt, ungefähr so verhält wie echtes Gold zu Kahngold.

Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß die Partei, die in ihren Reden so sehr auf den Kult der Persönlichkeit eingestellt ist, in eben diesen Reden so wenig geistig-Persönliches zu geben weiß. Eine solche Ideenarmut, wie sie in der Rede des Herrn Most zutage tritt, eine solche geistige Desorientierung und Verarmung einer Partei, die immerhin auf bessere Lieberlieferungen zurückblicken kann, ist beklagenswert.

Erläuterlich aber ist sie daraus, daß in der Volkspartei die Interessenspolitik allen Ideengehalt totgeschlagen hat. Die alte national-liberale Partei war schon stets ein Konglomerat von industriellen Interessenspolitikern und gefühlsmäßig national eingestellten aber politisch vollkommen naiven Akademikern. Heute ist der Akademiker nur noch dazu da, zur Interessenspolitik die ideale Begleitmusik zu machen. Und die ist dann auch natürlich danach!

## Strefemanns Verteidigungsrede.

### Gätelei mit den Deutschnationalen.

Der Außenminister Strefemann hielt auf der gestrigen Tagung des Zentralvorstandes der Volkspartei das Referat über die politische Lage. Seine Rede läßt eine starke Zurückhaltung erkennen, die besonders auffällt, wo es sich um die Zusammenarbeit im Reichskabinett handelt. Immer wieder aber in seinen Ausführungen finden sich Spitzen gegen die Deutschnationalen und gegen die deutsch-nationalen Kollegen im Reichskabinett, die beweisen, daß sich im Verhältnis zwischen Volkspartei und Deutschnationalen die Konfliktsstoffe anhäufen. Strefemann führte u. a. aus:

Die letzte Tagung der Liberalen Vereinigung hat, wie es scheint, hier und da zu allerlei Kombinationen geführt. Auf der anderen Seite sind Mittelungen über Bestrebungen gemacht worden, die darauf hinauslaufen, die für die Reichspräsidentenwahl geschlossene Organisation als eine neue Parteibildung „der deutschen Rechte“ gewissermaßen in die deutsche Politik überzuführen. Demgegenüber stelle ich an die Spitze meiner Ausführungen: Es gibt für uns nur den Weg, den die Deutsche Volkspartei bisher gegangen ist, es gibt für uns weder eine Anlehnung an eine Linksgruppierung noch eine Reichsblockpolitik. (Stürmische Zustimmung.) Die Politik, die die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei seit ihrer Resolution vom 15. Januar 1923 verfolgt hat, bedeutet nicht die grundsätzliche Ausschließung der Sozialdemokratie, sie ging lediglich davon aus, daß für das Reich die Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte das Gegebene sei. Dieses Ziel hat die Reichstagsfraktion unter mannigfachen Schwierigkeiten verfolgt. Wenn wir heute auf die kurze Zeit des Zusammenarbeitens mit der Deutschnationalen Volkspartei zurücksehen, dann ist festzustellen, daß diese Arbeit im Kabinett sich bisher reibungslos vollzogen hat. Durch die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung sind die inneren Verhältnisse konsolidiert worden. Die Wahl Hindenburgs hat sich nach derselben Richtung ausgewirkt. Ich begrüße diese Konsolidierung der verfassungsmäßigen Grundlage unseres Staatslebens. Wir dürfen und wollen keine Verfassungskämpfe über die Staatsform führen. Für uns handelt es sich um unsere Behauptung nach außen; dem hat sich alles andere unterzuordnen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Strefemann ging dann auf die Fragen der auswärtigen Politik ein. Wer den Weg, den wir zur Erreichung der wirt-

schafflichen Befestigung gegangen sind, ablehnt, der hat die Pflicht, uns einen anderen Weg vorzuschlagen. Sonst hat seine Kritik keinen Zweck und keine Berechtigung. (Lebhafte Zustimmung.) In dem amtlichen Bericht über die Rede heißt es dann: Seine Ausführungen, in denen die Politik des Sicherheitspaktes begründet und im Zusammenhang mit der Gesamt-lage erörtert wurde, fanden die einhellige Zustimmung der Versammlung.

Im weiteren Verlauf der Rede streifte Strefemann die Präsidentschaftswahl und die Aufwertung und stellte als sein Ziel hin, das Vorrecht der Politik dem Berufsinteresse gegenüber durchzusetzen. Wie schwer das sei, zeige die Einstellung vieler Kreise gegenüber dem deutsch-spanischen Handelsvertrag. Die Regierung sei durchaus bereit, den deutschen Winzern zu helfen. Der Weg zu dieser Hilfe auch auf Zollpolitischem Gebiet gehe aber über die Annahme des Vertrages. Wer also auf diesem Gebiet etwas erreichen wolle, der müsse durch Annahme des Handelsvertrages die Möglichkeit schaffen, daß die Regierung die Grundlage für neue Verhandlungen erreiche.

Besonders auffällig ist es, wenn Strefemann am Schluß seiner Rede zusammenfassend sagte: Wir können nur den Weg weitergehen, den wir einmal als den Weg der nationalen Realpolitik als Gegenpart zur Illusionspolitik bezeichnet haben. Im Zusammenhang mit den vorhergehenden Ausführungen kann sich das nur auf die Illusionspolitik beziehen, wie sie von einem Teil der Deutschnationalen betrieben wird. Eine bemerkenswerte Wandlung in der wandlungsreichen Politik des Parteiführers Strefemann! Unter dem Schlagwort von der nationalen Realpolitik löste er feinerzeit das Verhältnis der Volkspartei zur großen Koalition. Heute sieht er sich genötigt, dasselbe Schlagwort gegen die Partei ins Feld zu führen, der zuliebe die Frontschwengung unternommen wurde.

## Interview per Draht.

### Die Wahl Hindenburgs ohne Einfluß auf die Außenpolitik.

Paris, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Strefemann, erteilte auf dem Drahtwege dem Mitarbeiter des „Matin“, Jules Sauerwein, ein Interview, in dem er darauf hinweist, daß die Wahl Hindenburgs keinerlei Einfluß auf die deutsche Außenpolitik habe. Die öffentliche Meinung Frankreichs, heißt es u. a. in dem Interview, habe öfters den Standpunkt vertreten, daß nur das demokratische Deutschland des Vertrauens würdig sei; jedoch sei die Politik, die Frankreich Deutschland gegenüber verfolge, wenig dazu angetan, dieses neue Deutschland zu stärken. Während der ersten Jahre seines Bestehens sei das neue Deutschland in außenpolitischer Hinsicht stets vor den Kopf gestoßen worden. Jedesmal, wenn die Führer der politischen Parteien die deutsche öffentliche Meinung zu einer Politik der Verständigung und der friedlichen Entwicklung zu belehren versucht hätten, seien außenpolitische Ereignisse eingetreten, die natürlich eine Gegenreaktion der deutschen öffentlichen Meinung zur Folge gehabt hätten. Das beste Beispiel sei die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar bald nach der Annahme des Dawes-Planes mit einer Wehrheit, die man bis dahin für unmöglich gehalten hätte. Der Verständigungsgebanke würde in Deutschland noch weitere Kreise erobern haben, wenn Köln bereits am 10. Januar geräumt worden wäre und Frankreich die Räumung der Ruhr, die auf jeden Fall am 15. August stattfinden müsse, zu einem früheren Zeitpunkt vorgenommen hätte. In allen Kreisen Deutschlands hätte man darin einen Erfolg der Verständigungspolitik gesehen. Statt dessen worte Deutschland seit vielen Monaten darauf, daß man ihm die Gründe, warum Köln nicht geräumt worden sei, mitteile, und verbleibe in der Unsicherheit bezüglich dieser so wichtigen Frage. Deutschland sehe auch weiterhin, daß die Vorschläge, die es gemacht habe und die ein großes moralisches Opfer für das deutsche Volk darstellten, in Frankreich nicht die verständnisvolle Aufnahme gefunden hätten, die Deutschland erwarten durfte.

## Ein Volk, ein Bund!

### Anschlußkundgebung in Dortmund.

Dortmund, 25. Mai. (M.B.) Im Anschluß an die Tagung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes fand gestern nachmittags unter dem Motto: „Ein Volk, ein Bund“, eine öffentliche Kundgebung statt, die Reichspräsident Lobe eröffnete. In seiner Eröffnungsansprache verbreitete er sich über die Bestrebungen des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes, der den Anschluß der Oesterreichischen Republik an die deutsche anstrebe. Dies solle lediglich auf dem Wege des Friedensvertrages erreicht werden auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Generalmajor a. D. Theodor Körner, vormaliger Chef der Oesterreichischen Heeresverwaltung und Mitglied des Oesterreichischen Bundesrats, betonte, daß die Vereinigung der getrennten deutschen Gebiete auf friedlichem Wege zustandekommen werde. Oesterreich wolle teilnehmen an den Kämpfen um die freiheitliche Fortentwicklung des deutschen Volkes. Es wolle mitarbeiten an seinen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben. Mit einem Hoch auf Deutschland schloß die Kundgebung.

## Die Sozialversicherung in der Schweiz.

### Ablehnung des Initiativantrags Rotenberger.

Genève, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag erfolgte in der Schweiz die Abstimmung über das sogenannte Initiativantrags Rotenberger, durch das die Einführung der obligatorischen Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversicherung für die Schweiz gefordert wird, wo bislang nur die Volkswohlfahrtsversicherung besteht. Die Finanzierung soll durch eine 250-Millionen-Anleihe erfolgen, die aus Kriegsteuern aufgebracht werden soll. Die Abstimmung über die Initiative ergab 355 012 Nein gegen 265 003 Ja für die Befürwortung. Bundesrat Haber hat aber bereits einen entsprechenden Gesetzesentwurf ausgearbeitet, so daß trotz der Verwerfung bei der Volksabstimmung mit einer allmählichen Durchführung der Sozialversicherung in der Schweiz gerechnet wird.

## Wiedereröffnung der französischen Kammer.

### Vor wichtigen Auseinandersetzungen.

Paris, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das französische Parlament, das Ende April mit Rücksicht auf die Gemeindevahlen und die Tagung der Generalräte sich in Ferien begeben hatte, tritt heute nachmittags wieder zusammen. Während der Senat zunächst die Beratung des Haushalts fortsetzen wird, stehen auf der Tagesordnung der Kammer Fragen der aktuellen Tagespolitik, die zu einer großen inderpolitischen Auseinandersetzung führen werden. Im Rahmen der sozialistischen Fraktion wird Genosse Renaudel die Regierung über die Ereignisse in Marokko interpellieren. Neuhären Anlaß dazu bietet ein vom Ministerium angefordertes Kredit in Höhe von 30 Millionen Frank. Falls, wie erwartet wird, die Regierung sofort sich zur Aussprache über die Interpellation bereit erklärt, dürfte das marokkanische Abenteuer, dessen Ausdehnung in den Kreisen der Linken mit wachsendem Mißtrauen verfolgt wird, die Debatte der nächsten Tage beherrschen. Finanzminister Caillaux wird im Laufe des Montag die angekündigten Gesetzesentwürfe zum Ausgleich des Haushalts einbringen. Die darin vorgesehenen Steuererhöhungen, deren jährlicher Ertrag auf 3,6 Milliarden Frank veranschlagt ist, soll für den Rest des Jahres 1925 1,6 Milliarden neuer Einnahmen bringen.

Die erste deutsche Tagung für soziale Gerichtshilfe findet am 25. Mai in Halle a. d. S. statt. Pfarrer Jacobi hält ein Referat über Geschichte, Organisation und fürsorgliche und soziale Bedeutung der Gerichtshilfe, und Landgerichtsdirektor Tromp spricht über ihre Bedeutung für Recht und Gerechtigkeit. Bereits in 50 Städten bestehen soziale Gerichtshilfestellen, doch ist ihr Wert bisher größtenteils noch nicht in wünschenswertem Umfang anerkannt. Im Anschluß an die Tagung findet die 41. Jahresversammlung der Gesellschaft für die Praxis in Sachen und Anhalt statt, auf der eine Reihe Fachleute über den Sinn der Strafe sprechen werden.

## Theaterkandal in Bremen.

### Organisierte Hafenkreuzeraktion gegen Bronnens „Vatermord“.

Die „freie“ Hansestadt Bremen, die von unseren Genossen „Aleinbayern an der Weser“ getauft wurde, erlebte am gestrigen Sonntag einen Theaterkandal, durch den alle bisherigen Übertrumpft werden. In einer literarischen Ratinee im Stadttheater sollte Bronnens Erstlingsdrama „Vatermord“, das 1921 ungestört in Berlin und an anderen großstädtischen Bühnen gegeben worden war, aufgeführt werden.

Um das Stück war schon vorher ein heftiger Kampf entbrannt, da die Polizeizensur, unter Berufung auf den Verbot des 183. Paragraphen, die Aufführung verboten hatte. Das Grotteske an diesem Verbot war, daß das Theater und die vorgesehene Senatskommission das Verbot selbst veranlaßten, um dadurch den Fall der „höheren Gewalt“ zu konstruieren, der das Theater von den Verpflichtungen dem Verleger gegenüber befreien sollte. Der Komohl-Verlag jedoch zwang das Theater, konträrgemäß sich für Aufhebung des Zensurverbots einzusetzen. Dasselbe Theater, das das Verbot provoziert hatte, appellierte nun gegen die mit ihm verbündete Polizei an das Verwaltungsgericht. Nach dreifündiger Verhandlung und nach Anhörung des Sachverständigen hob das Gericht das Verbot auf, so daß nun das Stadttheater doch gezwungen war, das umstrittene Drama aufzuführen.

Gegen diese Aufführung mobilisierten die Reaktionen aller Schattierungen: Das deutsch-nationale Blatt erklärte das Stück für eine „ununterbrochene Schmutzerei“, über die es nicht berichten würde. Am Tage der Vorstellung puschte ein Richter die evangelischen Kreise gegen das gott- und zuchtlose Drama auf. — Während die Dunkelmänner schürten, handelten die Hafenkreuzer: Sie lauffen durch ihre Organisationen Eintrittskarten und verteilten ihre Sprengkolonnen auf allen Rängen. Gleich in der zweiten Szene legte auf einen Pfeiß, wie auf Kommando, der Klomaut ein: Töhlen, Weifen, Klatschen, unflätige Jurufe folgten minutenlang. Der Vorhang fiel. Polizeibeamte griffen auf Aufforderung des Publikums ein und entfernten unter stürmischem Beifallklatschen der Theaterbesucher die schlimmsten Rabauken. Der Hauptdarsteller trat vor die Rampe und bat um Achtung wenigstens vor der Arbeit der Darsteller am Werke eines Dichters. Daraufhin trat Ruhe ein und das Drama konnte zu Ende gespielt werden, bis auf die letzte Szene, die wieder im Krach unterging.

Vor dem Theater hatte sich inzwischen die „Reichsriegsflagge“ mit Hafenkreuzerarmbänden und Totenkopf aufgestellt. Es kam zu erregten Szenen zwischen einzelnen Gruppen. Die Schauspielerei konnten nur unter Polizeibegleitung den Theaterplatz verlassen, und auch dabei kam es noch zu empörenden Szenen. Hafenkreuzer johlten hinter ihnen her, sangen das „Borkumlied“.

beshimpften die Darsteller als „Judenschweine“ und „Saumeiber“. Mehrere der Rabauken wurden polizeilich sistiert. Ob sie auch bestraft werden, ist eine andere Frage, denn es waren — keine Arbeiter, sondern deutsch-nationale und böllische Bourgeoisöhnchen und Hindenburg-Wähler! Alfred Faust.

Erfindungen, die gemacht werden sollten. Es heißt immer, daß die Patentämter sich vor Arbeit nicht zu retten wissen, und tatsächlich werden ununterbrochen alle möglichen Erfindungen gemacht. Aber bei Licht belehen, haben wir wenig Grund, von diesem Stand der Dinge begeistert zu sein, wie ein skeptisch veranlagter Engländer meint, der in einer Londoner Zeitschrift das Wort zu diesem Thema ergreift. „Was habe ich davon“, ruft er ärgerlich aus, „wenn es labelhaft wirksame Gistige gibt und märchenhafte Kraftmaschinen, Flugzeuge, zusammenlegbare Häuser und andere Wunderdinge? Was mir weit mehr abgeht, ist eine Leekanne, die nicht tropft, und ein Regenschirm, der mir Schutz gewährt, ohne daß ich Gefahr laufe, anderen Leuten die Augen auszustechen oder ihnen das Wasser, das von meinem Schirm abtropft, hinter den Hals zu schütten. Ueberhaupt berücksichtigen die Herren Erfinder viel zu wenig die kleinen Dinge des täglichen Lebens! Wo ist der Mann, der uns den Wäschestoff bescheidet, der es aushält, in einer modernen Großwäscherei behandelt zu werden, ohne sich beim zweiten oder dritten Male in seine Bestandteile aufzulösen? Wer konstruiert mir eine Vorrichtung, die mich davor bewahrt, daß ich meinen Hüßfederhalter regelmäßig liegen lasse, so oft ich ihn benutze? Der Mann hat wirklich nicht so unredlich; obendrein ist er ein Spatzvogel, denn am Schluß seiner langen Wunschliste richtet er an die Erfinder aller Länder den dringenden Appell, schleunigst ein Bankkonto zu erfinden, das sich immer wieder automatisch auffüllt. Ein solches Bankkonto wäre allerdings — patent!

Holländische Malerei in Potsdam. Eine halbjahrhundert-Ausstellung holländischer Malerei (1875—1925) wird von der Deutsch-Niederländischen Gesellschaft und dem Potsdamer Kunstverein im Drangeriegebäude des Parks von Sanssouci veranstaltet werden. Die Ausstellung wird über 150 Gemälde und Aquarelle umfassen, die aus holländischen Staats- und Gemeindefest, sowie aus zahlreichen Privatsammlungen stammen und einen Ueberblick über die Kunstentwicklung Hollands in den letzten fünfzig Jahren verschaffen werden. Der preußische Kultusminister wird die Ausstellung am 28. Mai persönlich eröffnen. Für das Publikum ist sie von Freitag, den 29. Mai, an zugänglich und täglich von 10 bis 7 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 1 Mark.

Wieviel Deutsche treiben Sport? Es wird heute von manchen Seiten behauptet, daß der große Aufschwung der Sportbewegung bei uns nach dem Kriege bereits zu Uebertreibungen geführt habe und daß jupiel Sport getrieben werde. Demgegenüber hat der erste Vorsitzende des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, Staatssekretär Lewald, die Zahl der regelmäßig Sporttreibenden mit 2 Proz. aller Deutschen angenommen. Doch selbst diese Ziffer dürfte noch etwas zu hoch gegriffen sein, wie Dr. Conrad in der „Umschau“ ausführt. Nach der neuesten Statistik zählen die großen Sport-

verbände zusammen gegen 5 Millionen Mitglieder. Die Nichtorganisierten können vernachlässigt werden, da ihre Zahl gar nicht ins Gewicht fällt. Unter den organisierten Sportleuten aber kann man im allgemeinen höchstens 20 Proz. als wirklich Sporttreibende bezeichnen, da der weitaus größte Teil an den regelmäßigen Veranstaltungen nicht teilnimmt. Es bleiben also im ganzen höchstens 1 Million wirkliche Sportleute übrig; das sind bei einer Volksziffer von 60 Millionen noch nicht 2 Proz. Das bedeutet also, daß nur etwa jeder 50. Deutsche regelmäßig Leibesübungen treibt, und wir sind daher noch weit von dem idealen Ziel entfernt, daß tägliche Übung des Körpers als allgemeiner Brauch gilt.

Landwirtschaftliche Radiokurse in Amerika. Die amerikanischen Farmer, weit hinten im Staate Kansas, können an den Wänden ihres Hauses jetzt ein neues Diplom aufhängen, das besagt, daß der Inhaber den ersten regulären Collegaturs durch Radio mit Erfolg absolviert und die vorgeschriebenen Prüfungen bestanden hat. Dieser Radiokurs wird von dem staatlichen landwirtschaftlichen College abgehalten und jeder, der eine Radioanlage hat, kann sich daran beteiligen. Im vergangenen Winter unterzogen sich die Hälfte dieser „Studierenden“ einer Prüfung. Ungeachtete Landwirte hören aber außerdem, ohne sich für die Kurse einschreiben zu lassen, zu. Es wurden 40 Radiokurse über wichtige landwirtschaftliche Themen abgehalten. Jeden Freitag, abends um 7 Uhr, beginnt der Unterricht in dem „Lustcollege“, wie man es in Kansas nennt. Am Montag und Dienstag abend wird die eigentliche Landwirtschaft behandelt; am Mittwoch abend kommt das Ingenieurwesen an die Reihe; am Donnerstag hören die lernbegierigen Frauen, wie man das Baby pflegt usw. am Freitag abend werden allgemeine wissenschaftliche Themata besprochen. Durch die Radiokurse wird ein großer Teil der in Betracht kommenden Hörer (etwa 39 Millionen) erleuchtet haben, die neuesten Ergebnisse der landwirtschaftlichen Forschung kennen zu lernen, um sie in die Praxis umzusetzen. In den landwirtschaftlichen Schulen sind zurzeit nur etwa 150 000 Schüler, während schätzungsweise jede zehnte Farm in Kansas ihren Radioapparat hat.

Die elektrifizierte Flotte. Die Vereinigten Staaten sind die erste und einzige Nation der Welt, die eine vollständig elektrifizierte Kampfflotten-Einheit besitzt in Gestalt von sechs der mächtigsten Kriegsschiffe, die jedes 32 000 Tonnen oder mehr haben. Die gesamte, von den sechs Schiffen erzeugte Kraft beträgt 144 000 Kilowatt, die einen Eisenbahnzug um die halbe Welt treiben. Mit Ausnahme der größten Passagierdampfer ist der elektrische Antrieb schon auf alle Schiffsklassen angewandt, und nach Ansicht von Elektrizitäts-Sachverständigen würde eine gute elektrische Anlage rund 25 Proz. des Brennstoffverbrauches sparen, außerdem aber in einem großen Schiff wie dem „Devilfish“ viel Raum schaffen und die Zuverlässigkeit erhöhen.

Letzte Woche Große Volkoper! Die Aufführungen der letzten Woche bringen noch Gesamtergebnisse der Kollander Ebernstagione unter Gaihe Lango: am Donnerstag „Rigoletto“, auch die abirren Wende leben unter bläulichen Sternen: Berli kommt mit dem „Trombadour“ (am Montag) und dem „Waldenball“ (am Sonnabend). Bizi mit „Carmen“ (am Dienstag und Freitag) Thomas mit „Nimm“, am Mittwoch letztmalig. Den Schluß der Vorstellungen macht am Sonntag Strauß' „Fledermaus“.



# Der Kampf um die Lohnsteuer.

## Sozialdemokratische Anträge im Steuerausshuß.

Der Steuerausshuß des Reichstags beschäftigte sich in seiner Montagssitzung mit der zweiten Lesung des Steuerüberleitungs-gesetzes. Hierzu hatten die sozialdemokratischen Vertreter folgende Anträge gestellt:

1. Das steuerfreie Existenzminimum wird auf 100-Mark monatlich (24 M. wöchentlich) festgesetzt.
2. Die Ermäßigung für die Familienangehörigen beträgt für jedes minderjährige Kind 2 Proz. statt erst vom zweiten Kinde an.
3. Die Einkommensgrenze, bis zu der diese Ermäßigung gilt, wird von 250 auf 400 Mark monatlich (96 M. wöchentlich) herauf-gesetzt.
4. Bei unständigen Arbeitern beträgt der Steuerfuß 2 Proz. statt bisher 4 Proz., bei Heimarbeitern 1 Proz. statt bisher 2 Proz.
5. Der Anspruch auf Erstattung bei zuviel gezahlten Beträgen infolge Verdienstausschlag wird aus einer Kann-Vorschrift zu einer muß-Vorschrift.
6. Es ist dem Gesetz ein neuer § 37b mit folgendem Wortlaut einzufügen:

„Uebersieht das Aufkommen der Lohnsteuer in drei aufeinanderfolgenden Monaten durchschnittlich je Monat den Betrag von 100 Millionen Reichsmark, so ist die Reichsregierung verpflichtet, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Herabsetzung des nach § 37 Abs. 1 dieses Gesetzes steuerfreien Betrages vorsieht.“

Das gleiche gilt, wenn das Aufkommen aus der Lohnsteuer in drei aufeinanderfolgenden Monaten mehr als 120 Proz. des Aufkommens der in den §§ 27—36 vorgesehenen Vorauszahlungen beträgt.“

### 7. Der § 41 erhält folgenden Wortlaut:

„Die Vorauszahlung ist nicht zu entrichten, wenn sie in einem Vierteljahr den Betrag von 5 Reichsmark (statt 3 Reichsmark) nicht übersteigt.“

Der auf den Arbeitslohn entfallende Steuerbetrag wird nicht erhoben, wenn er 1,60 Reichsmark monatlich (0,40 Reichsmark wöchentlich) nicht übersteigt.“ (Statt bisher 0,80 Reichsmark monatlich.)

### 8. Als neuer § 45a ist einzufügen:

„Die allgemeine Umsatzsteuer beträgt bei jedem steuerpflichtigen Umsatz im dritten Kalenderdritteljahr 1925 1 Proz., im vierten Kalenderdritteljahr 2 Proz. des Entgelts.“

### 9. Folgende Entschliebung anzunehmen:

„Die Reichsregierung zu erlauben, dem Reichstag so rechtzeitig einen Gesetzentwurf über die Umwandlung der prozentualen Familienermäßigung bei dem Steuerabzug vom Arbeitslohn in feste Ermäßigungen vorzulegen, daß die Veränderung des Steuerabzugs am 1. Januar 1926 in Kraft treten kann.“

## Justizverkalkung.

Uns wird geschrieben:

Die Justiz liegt im Sterben! Während der alte und frante Mann an ihrer Spitze die Jügel schleifen läßt, tanzen Richter, Staatsanwälte und Gefängnisbeamte ihren Hegenreigen, kümmern sich nicht, wie im Fall Höfle bezüglich der Gefangenen-Sprechzeit, um die Anordnungen ihrer „hohen Obrigkeit“. Aber während sie leben und wie leben! sterben die Republikaner: körperlich, seelisch, wirtschaftlich. Nicht genug, daß der Fall Höfle die Empörung einer Welt wachruft, kommt die Kunde von einem neuen seelischen und wirtschaftlichen Mord aus Preußen finsterster Ede, aus Marienwerder. Ein republikanischer Rechtsanwalt, Vorsitzender der dortigen demokratischen Kreisgruppe, fühlt sich durch die Aufmachung und die Rede des Herrn Generalstaatsanwalts bei der dortigen vor-jährigen Verfassungsfeier verletzt und teilt seine Ansichten diesem selben Generalstaatsanwalt brieflich mit. Dieser aber veranlaßt mit Hilfe des ihm gleichgesinnten Oberlandesgerichtspräsidenten die Besonnung des Briefes in der — ach so kleinen, engherzigen und grob-reaktionären Juristenwelt des Reichens. Die Folge für den Republikaner: Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Tod. Die leitenden Justizbeamten durften wohl mit diesem Privatbrief privatim machen, was sie wollten, sie durften aber nicht unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt den amtlichen Apparat der Republik für ihre privaten reaktionären Ziele gegen den Freund des sie besoldenden Staates in Bewegung setzen.

Wird das Preussische Justizministerium, wenn es auch fährerlos ist, gegen diese leitenden Justizbeamten nicht einschreiten? Bieleicht hilft der Landtag nach, dieses zwerghafte und verküppelte Oberlandesgericht, das nicht halb so groß ist, wie ein Berliner Amtsgericht, aufzulösen und die Justizbeamten, denen es dort an Beschäftigung zu mangeln scheint, auch die Richter auf Grund des § 8 des Gerichtsverfassungsgesetzes z w a n g s w e i l e zu verfehen.

## Die Schikane des Sichtvermerks.

### Kampfpreise zwischen Oesterreich und Deutschland.

Uns wird geschrieben:

Anschließend eines längeren Aufenthaltes in Südmähren beabsichtigte ich, einen Abstecher nach Wien zu machen. Da bei meiner Abreise aus Berlin gerade die Verhandlungen über Aufhebung des Sichtvermerks zwischen Deutschland und Oesterreich begonnen hatten, nahm ich keinen Sichtvermerk nach Oesterreich, in der Annahme, die Verhandlungen würden schnell das gesteckte Ziel erreichen. Nachdem die Verhandlungen gescheitert waren, schickte ich meinen Paß an das österreichische Konsulat in Brünn mit der Bitte, ihn zu verfehren und ihn per Nachnahme zurückzuschicken. Ich erhielt jedoch nur — unstantiert — die Aufforderung, zunächst 90,50 tschechische Kronen nebst einem frankierten und für die Rücksendung adressierten Briefumschlag einzufenden.

Einschaltend muß ich hier bemerken, daß ich in Berlin für eine einmalige Reise nach Oesterreich 3 M. für den österreichischen Sichtvermerk gezahlt habe und daß ein tschechoslowakischer Staatsangehöriger 25 bzw. 56 Kr. für einen Sichtvermerk nach Oesterreich zahlt, je nachdem, ob es sich um eine einmalige Reise handelt oder um einen ein Jahr gültigen Dauersichtvermerk.

Auf meine Anfrage, wieso das österreichische Konsulat zu dem Phantastepreis von 90,50 Kr. komme, erhielt ich die Antwort, daß das deutsche Konsulat in Brünn von österreichischen Bundesangehörigen 80 bzw. 120 Kr. für eine einmalige Reise nach Deutschland verlange, je nachdem, ob die Gültigkeitsdauer einen Monat oder drei Monate betrage; ein Dauersichtvermerk koste sogar 480 Kr.

Da man mir gesagt hatte, daß man an der Grenze gleichfalls den Sichtvermerk bekommen könne und ich annahm, daß die Grenzpoststelle an dem Brünnener Sichtvermerkstrich unbeteiligt ist, fuhr ich ohne Sichtvermerk ab. An der Grenze — in Reg — verlangte man von mir als Reichsdeutschen 231 tschechische Kronen! Ich verzichtete auf die Reise nach Wien und fuhr wieder zurück.

Der Versuch, den Paßzwang zwischen Deutschland und Oesterreich zu beseitigen, scheint also in einem Paßkrieg auszugehen. Wer die Hauptschuld trägt, wie es möglich ist, daß z. B. das deutsche Konsulat in Brünn von österreichischen Bundesangehörigen ungleich höhere Gebühren erhebt als von tschechoslowakischen Staatsangehörigen, das sind Fragen, die dringend der Klärung bedürfen. Und zwar ehe die Diplomaten kostbares Porzellan zerbrechen!

## Erdbeeren . . .

Sie sehen überaus nett und appetitlich aus, die ersten Erdbeeren . . .

Der Junge, der auf dem Wege zur Arbeit tagtäglich das heihungrige Gesicht zwei drei Minuten an die Scheiben des Deskatel-ladens preßt, hinter denen die dunkelroten gerippten Früchte wohlvergiftet auf den polwertig sanierten Bürger warten, muß sich mit der zweifelhaften Vergünstigung des Genußes auf Entfernung begnügen.

Womit keineswegs bewiesen werden soll, daß die Erdbeere ein besonderes Luxuspräparat für die unbefriedigten Mägen unserer Geldmagnaten ist. Im Gegenteil: dem feineswegs vermöglichen Bauern des Arbeiters wird sie zum mindesten ebenso bekömmlisch sein. Wozu aber hat der Mensch seinen vielgepriesenen Verstand, wenn er nicht plebejische Ausschreitungen der sozial angekränkelten Natur mit ihm forrigieren würde. Es ist zwar nicht mehr ganz angebracht, den Genuß dieser aristokratisch reservierten Frucht für Minderbemittelte unter Strafe zu stellen. Aber es gibt weise Auswege: Man nimmt Preise, die selbst dem Trainierten hochgradige Schwindelgefühle erregen müssen.

Die auf kapitalistische Einträglichkeit gesezte Natur erlaubt sich manchmal solche Biß. Ein Pfund Erdbeeren kostet im Augenblick 6 Mark. Freund, Freund, da geht dir der Atem aus, besonders dann, wenn du blickschnell überlegst, daß du bei täglicher acht-, neunstündiger Arbeit in der Woche knapp 4 Pfund Erdbeeren verdienst — und dabei hast du eine Frau und nicht wenig Kinder.

Aber sei unbesorgt, die Erdbeeren werden schon verfilgt werden.

Wozu haben wir unsere Engrosverdiener, wenn sie wenigstens nicht in dieser Beziehung produktiv wären? Sie arbeiten keine 8 oder 9 Stunden, aber sie werden auch in einem 1½stündigen Mittagssmahle ungeheure Mengen verzehren.

Die Natur sorgt für Abwechslung, und so können sie ihr Diner mit 6-Mark-Erdbeeren angenehm und erfrischend ergänzen.

Ein jeder eben nach seinem Verdienst. Oder nicht?

## Reichsbannertag in Bukow.

Die Weihen der republikanischen Fahnen im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold reihen sich aneinander. Jeden Sonnabend und Sonntag sind die Groß-Berliner und Brandenburger Kameradschaften unterwegs, um die einzelnen Ortsgruppen bei ihren Veranstaltungen wirksam zu unterstützen. Diese Aufopferung ist etwas Herkulesches und zeigt deutlich, daß die Republikaner nicht eher ruhen werden, bis sich auch im letzten kleinen Ort die schwarzrot-goldene Nationalfahne durchgesetzt hat.

Der gestrige Sonntag brachte eine Fahnenweihe in Bukow in der märkischen Schweiz. Die Ortsgruppe Bukow, die hier einen schweren Kampf gegen Stahlhelm, Jungdo usw. zu führen hat, hatte nichts unterlassen, die auswärtigen Teilnehmer freundlich zu empfangen. Auch die Einwohner, soweit sie republikanisch gesinnt ist, hatte es sich nicht nehmen lassen, bei diesem Empfang noch an Kräften mitzuwirken. Und so stand ganz Bukow im Zeichen von Schwarz-Rot-Gold. Etwa tausend Reichsbannerkameraden fanden sich dann in der zehnten Abendstunde zu einem prächtigen Fackelzug zusammen, der überall freudig begrüßt wurde. Auf dem Marktplatz hielt Kamerad Franke-Berlin eine zündende Ansprache. Wenn heute, so sagte er, die Reaktionäre stürmisch die Einführung der alten Monarchistenfahne als Landesfahne verlangen und nach Krieg dörkten, so sollten sie sich gefälligst Entzusage bestellen, in die Wüste Sahara fahren und sich dort ausstoben. Das feindselige Europa sollen sie verschonen. — Erhielt Bukow schon am Sonnabend ein anderes Aussehen, so änderte sich am Sonntag das Bild noch gewaltiger. Unaufhörlich rollten Lastwagen, von Groß-Berlin kommend, an und brachten hunderte von Reichsbannerkameraden mit. Der Hauptstrom kam mit der Eisenbahn. Der Festtag erreichte seinen Höhepunkt in den Mittagstunden. Trotz Regen und Hagel, Donner und Hagel marschierten etwa 5000 Reichsbannerkameraden auf dem Marktplatz auf. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Bukower Kameradschaftsführers Schreier ergriff — im schönsten Wolkenbruch — Kamerad Franz von Buttler am das Wort zur Weisrede. Er vertrat insbesondere den großdeutschen Gedanken. Darauf übergab der Redner der Bukower Ortsgruppe die Fahne mit den Worten: „Die Freiheit ist die Republik und allemal die Republik!“ Als Vertreter des Gaues Berlin-Brandenburg überbrachte Kamerad Schneider den Fahnenriegel des Gauvorstandes und fand ergreifende Gedächtnisworte für die gefallenen Kämpfer und Märtyrer der demokratischen Idee, Erich Schulz und Bruno Hoffmann, die beide im letzten Wahlkampf von völkisch-nationaler Mörderhand gemordet wurden, für die Gefallenen des Weltkrieges und für die Kameraden, die im Dorstfelder Kohlenbezirk im finsternen Schacht ihr Leben im Dienste der Arbeit lassen mußten. Nachdem noch ein Vertreter der Demokraten eine kurze Ansprache gehalten hatte, formierte sich der Festzug, der, jetzt begleitet von lachendem Sonnenschein, noch einmal durch die Straßen zog.

## Ein überfallener Wäschereifender.

In schlimmer Weise wurde dem Reisenden einer großen Berliner Wäschefabrik in der Gegend des Schlesiens Bahnhofes mit-gepielt. Der Reisende war spät abends vom Besuch seiner Land-fundshaft heimgekehrt und wurde auf dem Schlesiens Bahnhof von einer gutbürgerlich gekleideten Frau angesprochen und in ein Gespräch gezogen. Als die Frau hörte, daß der Mann in Wäsche reiste, zeigte sie sich sehr interessiert und erzählte, daß eine Freundin von ihr großen Bedarf an Wäsche habe. Wenn es ihm darauf ankomme, noch ein Geschäft zu machen, möge er doch mitkommen. Der Reisende tat das und ging mit der Frau nach der Sorauer Straße. Hier ließ sie ihn einen Augenblick warten, da sie angeblich den Haus Schlüssel nicht finden konnte. Nach kurzer Zeit erschien sie mit einem baumlangen starken Kerl wieder, der den Reisenden anfuhr: „Was, Du willst meine Frau schänden?“ und ihn gleich darauf mit einigen wuchtigen Schlägen zu Boden streckte. Der halbbesinnungslose wurde noch gewahrt, wie sich die Frau mit dem Kerl entfernte, während der Mann sich über ihn beugte und ihm die Brieftasche raubte. Glücklicherweise ist es der Kriminalpolizei gelungen, die „harmlose Bürgerfrau“ in einer Frau Koberbeck geb. Schmidt aus der Sorauer Straße zu ermitteln und festzunehmen. Sie bestreitet alles und will auch von dem Räuber nichts wissen. Zeugen des Ueberfalls mögen sich deshalb im Polizeipräsidium an Kriminalkommissar Detneburg, Zimmer 79a melden.

## Schon wieder eine Brandstiftung.

Am Sonntag mittag gegen 11 Uhr wurden die Feuerwachen von Wilmersdorf, Charlottenburg, Schöneberg, Schmargendorf usw. von mehreren Seiten nach der Wilhelmstraße 131, nahe der Kaiser-Wilhelms- und der evangelischen Kirche alarmiert. Dort stand der Dachstuhl des modernen Wohnhauses in ganzer Ausdehnung in Flammen. Es brannte an allen Ecken und Enden. Der Brand war weithin sichtbar. Das angrenzende Wohnhaus war sehr gefährdet. Das entsefelte Element hatte an dem reichen Inhalt der Bodenverschläge viel Nahrung gefunden. Die Wehr ging mit fünf Schlauchleitungen über die vollständig verqualmten Treppen vor. Die Löschung war durch Hitze und Qualm sehr er-

schwert. Es gelang indessen, das Feuer einzukreisen und auf den Dachstuhl zu beschränken. Leider konnte es aber nicht mehr verhindert werden, daß die oberen Geschosse Wasser Schaden erlitten. Der Gesamtschaden ist recht erheblich. Die Entstehungs-ursache konnte noch nicht genau festgestellt werden. Man nimmt Brandstiftung an, weil es an mehreren Stellen gleichzeitig brannte. Die vollständige Abföschung und Aufräumung der Brand-stelle war gegen Abend beendet. Gleichzeitig baute die Feuer-wehr an mehreren anderen Stellen mit Bränden und Gasvergiftungen zu tun.

## Sturmsonntag.

Der gestrige Sonntag, der schon morgens mit einer hoch-sommerlichen Temperatur einsetzte, lockte viele Tausende hinaus in die Freibäder, und schon von den ersten Morgenstunden an konnte man Familien, die Jugend trug die schön eingerollten Badepakete, vornehmlich nach den Freibädern abfahren sehen. Der Wettergott war den vielen, die von den Anstrengungen der Woche Erholung suchten, aber nur bis gegen die Mittagstunden hold. Graues und schwarzes Gewölk zog hervor und bald verläuteten die ersten Donnerschläge ein herannahendes Gewitter. Vornehmlich in Grünau, Rönisch, am Rügelsee und noch weiter hinauf gingen nachein-ander mehrere schwere Gewitter hernieder. Beinahe grotesk wirkte es, wie alles, was stand und lief, Sachen und Pakete ergriff, um irgendwo Schutz vor dem niederproffenden Regen zu suchen. Auch die vielen Wasserportler suchten ihr Heil in eiskalter Flucht; doch wenigen gelang es, mit heiler Haut davonzukommen. Der alte Berliner Humor verließ aber keinen und so wurde auch dieses Un-gerwitter mit dem allgemeinen Witz ertragen. Bedauerlicherweise sind auch gestern wieder einige Unglücksfälle zu verzeichnen ge-wesen, die zu größter Vorsicht mahnen und zur strengsten Beach-tung der wasserpolizeilichen Vorschriften Anlaß geben.

## Ein junges Mädchen durch einen Baum erschlagen.

Am Sonntag nachmittag gegen 6 Uhr brach über Potsdam ein schwerer Gewittersturm aus. Spaziergänger im Lustgarten flüchteten unter die alten Akazien in der Nähe der Kanonen, so auch eine Frau Westphal aus Berlin, Krausenstraße, mit ihrer 12jährigen Tochter. Plötzlich stürzte ein Baum um und erschlug die Tochter auf der Stelle. Die Mutter erlitt einen Bein-bruch und wurde in das städtische Krankenhaus eingebracht. Auch in der Kapellenbergstraße, in der Türkstraße und in der Redliger Straße sind Bäume vom Sturm umgeworfen worden. An zwei Stellen in der Stadt hat der Sturm Dachläschen abgedeckt. Auf den Gewässern um Potsdam sind gleich-falls eine Reihe von Unfällen eingetreten. Durch das Ein-greifen des Reichswasserschutzes gelang es, ernste Gefahren zu be-seitigen. Auf dem Templiner See wurde ein ins Wasser gestürzter Kriegsbeschädigter, der zwei künstliche Beine hatte, gerettet. In mehr als 12 Fällen hat der Wasserichung teils gelenkter Wasserportler, teils ihre Fahrzeuge in Sicherheit gebracht.

## Lebensretter auf der Havel.

Der am gestrigen Sonntag auf einem äußerst schwallen Vor-mittag einsetzende Gewittersturm verursachte auf der Havel bei Nischewerder ein Bootsunglück, das leicht schwere Folgen haben konnte. Ein Paddelboot, mit einer Dame besetzt, wurde von den hohen Wellen umgeworfen. Die Insassin, des Schwimmens un-fähig, trieb hilflos auf dem Wasser und hatte die größte Mühe, sich am gefesterten Boot festzuhalten. Eins der eleganten Automotor-boote kümmerte sich absolut nicht um die Verun-glückte, obwohl die Hilferufe gehört wurden. Das gleiche tat ein anderes Sportfahrzeug. Im Augenblick der höchsten Gefahr bemer-ten zwei Boote der „Kanu- und Segelabteilung“ der „Freien Schwimmer Charlottenburg“ die Gefahr. Die beiden Boote, namens Engel und Kobloch, sprangen sofort aus ihren Booten ins Wasser, waren im Moment an die Hilferufende heran geschwommen und brachten sie, trotz des hohen Wellenganges, glücklich ans Ufer. Die Dame erholte sich rasch und konnte dann in ihren nassen Kleidern ihr Bootshaus aufsuchen. Das gelenkter und halberstarrte Boot wurde von den Arbeiterpaddlern ins Schlepptau genommen und an Ort und Stelle abgeliefert.

## „Augen rechts“ zur Frühstücksstulle.

Der Mangel an Kriegsbildern ist durch Errichtung eines neuen vor dem Bellevedere etwas gehoben worden. Während das sonntäglich gepulte Berlin vernügt in den Zeiten der Konzert-sängen seine Frühstückstullen vertilgt und sich hier an diesem wunderschönen Himmelsfesttage in einen großen Kuroct derseht fühlt, kommt plötzlich ein Kriegerverein mit Fahnenpracht an-marschiert. Alte und junge Männer mit ihrem Anhang in Braten-rod und Zylinder, den Ordensschmuck nicht zu vergessen. Auch ein Offizier in Paradeuniform ist dabei. Man hat eben das neue Kriegerelement enthielt und will nun jedenfalls dieses Ereignis gebührend feiern, bei echt vaterländischen Weisen, die von der Militärkapelle sehr gespielt werden. Die Teilnehmer stullenlüstern haben sich sofort in Reih und Glied aufgestellt und die Hand an den Hut gelegt. „Augen rechts!“ ertönt eine Kommandostimme. — Am Saune stehen Neugierige und sehen verwundert diesem Schau-spiel lebendiger Menschen aus einer verjunkten Welt zu. Eine Szene zum Lachen, aber vielleicht noch mehr zum grimmigen Weinen.

**Neue Straßenbahnverbindung.** Am 25. Mai wird der Straßen-bahnverkehr durch die Schivelbeiner Str., Driesener Str. bis zur Bornholmer Str. wieder aufgenommen, und zwar durch Verlängerung der Linie Halensee, Kupfergraben. Die Wagen werden von der Charlottenstr. über Französischstr., Schloß-platz, Königt., Alexanderpl., Münzstr., Alte Schönhauser Str., Schönhauser Tor, Schönhauser Allee, Schivelbeiner Str., Driesener Str. bis zur Nordtopfstr. Ecke Bornholmer Str. fahren.

**Auf der Generatoversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlins am Sonntag, den 24. Mai 1925,** wurden gewählt als Vorsitzender: Ludwig Diederich, als Hauptspediteur: Werner Meister, als Jugendvertreter: Karl Birnbaum, Willi Krey-mann, Hans Mariens, Karl Tisch, Walter Wegner, als Nebenver-treterin: Maria Junfer, als Parteivertreter: Rudolf Abraham, Felix Fechenbach, Käthe Fröhbrodt, Max Hobann, Philipp Hummel, als Redatoren: Willi Begerabrot, Karl Freymann, Arthur Hildeshelm, Fritz Plebke, Fritz Berg.

**Pfingsttreffen von Sozialbeamtinnen.** Die Gemeinschaftsfahrt (mit verbilligtem Fahrpreis) nach Bivitsheide bei Dei-mold wird Donnerstag, den 28. Mai, nachts 11.45 Uhr vom Schlesiens Bahnhof angetreten. Wir bitten alle Genossinnen, die sich daran beteiligen, bis spätestens Dienstag, den 26. Mai, mittags in der Geschäftsstelle des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt, Lindenstraße 3 (Fernruf Dönhoff 742), Mitteilung zu machen. Für andere Züge kann keine Ermäßigung der Fahrtkosten gewährt werden.

**Achtung, Hamburgfahrer!** Alle älteren Genossen und Ge-nossinnen, die die Abfahrt haben, am Spiel der Berliner mitzu-wirken, müssen sich am Dienstag, den 26. Mai, um 1/8 Uhr im Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, Kochstr. 13, einfinden.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“**  
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seckhanstr. 37/38, Hof 3 Nr. Kameradschafts-Stegell. Mit den Karten vom Freitag ist sofort abzurufen. Die Teilnehmer an der Pfingstfahrt nach Bivitsheide müssen 11 M. für Ein- und Rückfahrt bis Dienstag, den 26. Mai mittags, bei den Kassieren der Untergruppen bezahlen.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die deutsche Sprache auf der Arbeitskonferenz. Ein Zwischenfall.

Genf, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Arbeitskonferenz kam es am Sonnabend zu einem Zwischenfall. Der deutsche Regierungsvizepräsident Grieser machte seine Ausführungen in der Kommission für die Grundprobleme der Sozialversicherung in deutscher Sprache. Seine Ausführungen wurden ins Englische und Französische übersetzt. Ebenso verlangte ein deutscher Delegierter in der Kommission für die Nachtarbeit in den Bäckereien, daß die englischen und französischen Reden ins Deutsche übersetzt würden. Dagegen protestierte ein belgischer Delegierter; ebenso haben die Vertreter der Länder spanischer Sprache dem Direktor des Arbeitsamts erklärt, daß sie keine Ausnahmebehandlung für Deutschland zugestehen könnten und die gleiche Behandlung für sich beanspruchten. Das Sekretariat hat dies zugestanden, falls die gleichen Voraussetzungen vorliegen. Der Vorfall betrifft die grundsätzliche Frage der Einführung des Deutschen als dritte Amtssprache. Die spanisch redenden Staaten haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß, falls Deutschland diese Forderung erhebt, sie das gleiche verlangen würden. Das würde vier Amtssprachen bedeuten. Außerdem ist für deren Annahme der einstimmige Beschluß des Völkerbundesrates notwendig. Es ist aber ausgeschlossen, daß ein derartiger Beschluß jemals zustande kommt. Da die deutsche Delegation aber in einer Presseerklärung sich ausdrücklich jede Handlungsfreiheit für die Sprachenfrage vorbehält, bleibt der Eindruck, daß von deutscher Seite jetzt ein Aufrollen der Sprachenfrage geplant wird.

## Um die faschistischen Gewerkschaftsvertreter.

Genf, 23. Mai. (WZB.) Der Kommission zur Prüfung der Vollmachten für die Delegierten zur Internationalen Arbeitskonferenz sind vier Proteste gegen die Ernennung des faschistischen Arbeiterdelegierten Rossini zugegangen, darunter auch einer des Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbundes. Die Kommission beschloß, die Anerkennung der Vollmachten Rossinis trotzdem vorzuschlagen. Souhauz wird einen Widerstandsbericht einreichen, in dem betont werden soll, daß Rossini nicht eine reine Arbeiterorganisation vertritt. Die Konferenz wird sich voraussichtlich am Montag mit der Angelegenheit befassen. Da Rossini in keine einzige Kommission der Arbeitskonferenz gewählt wurde, ging das Gerücht, daß die gesamte italienische Delegation Genf verlassen werde. Ministerpräsident Mussolini gab auf eine Anfrage die Weisung, daß die italienische Delegation weiterhin an den Arbeiten der Konferenz teilnehmen soll.

## Trohungen der Faschisten.

Genf, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In den Kreisen der Internationalen Arbeitskonferenz wird vielfach erörtert, daß der italienische Faschistendelegierte Rossini dem Genossen D'Arragona, Mitglied des Verwaltungsrates des Arbeitsamts, mit Repressalien drohte, wenn er noch Italien zurückkehre, da er angeblich Italien verheimlicht habe. Ebenso werden zwei Artikel Rossinis im „Popolo d'Italia“ vielfach erwähnt, in denen er das Arbeitsamt der Verschwörung mit der Amsterdamer Internationale gegen die Faschisten beschuldigt und ein Eingreifen der italienischen Regierung gegen diesen „Stall von heimtückischen roten Hehern“ verlangt. Diese Ausfälle haben den italienischen Arbeitgeber-Delegierten Ubbetti veranlaßt, nach Rom zu fahren, um Mussolini zum Eingreifen gegen Rossini zu bewegen, dessen Zügellosigkeit erneute Zwischenfälle erwarren läßt.

## Ein Fiasko der Gelben.

Halle, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die für Sonntag von den Bergherren nach Ober-Röblingen einberufene Reichskonferenz der gelben Verbände wurde zu einem Fiasko für die gelbe Bewegung. Von allen Seiten hatte man Knappen auf Kosten der Werkleitungen herbeiführt. Trotzdem gelang es nur, eine bescheidene Zahl dieser Gelben dorthin zu dirigieren, die mit den bewaffneten Angestellten der Riebeck-Röntgen-Werke eine traurige Schutzgarde des Kapitals bilden. Nach einem Fackelzug am Sonnabend wurde der Haupttrummel am Sonntag veranstaltet, an dem auch der sittsam bekannte reaktionäre Reichstagsabgeordnete Leopold im Phantasielokum eines mittelalterlichen Bergknappen mit weißer Weste, Federbusch und langem Degen eine Rede an die Knappen hielt, die von lokalen Del nur so triefte. Alle für einen, einer für alle! schrie der berggawaltige Stinneskapitän. Nach ihm sind die gelben Werkvereine nichts anderes als „der Weg der Volksgemeinschaft“. Im übrigen war er faß und farblos und magte kaum ein Wort poli-

tischen Inhalts zu sagen. Das erledigten um so besser die noch und mit ihm redenden jungen Leute der Riebeck-Röntgen- und anderen Konzerne, die in der rühmlichsten Weise gegen die Gewerkschaften und in erster Linie gegen die Sozialdemokratie zu Felde zogen, deren Bekämpfung nach ihnen Sache der ins Leben gerufenen Werkvereine ist. Am dem Festumzuge nahmen insgesamt knapp 800 Personen teil, eingeschlossen die Zahl der Ehrenjungfrauen, Kriegervereine, Stahlhelm-, Werwolf- und Jungdo-Leute und übrigen zweifelhaften Existenzen aus den „vaterländischen“ Verbänden, die anschließend die Rekrutendepots zu den Werk- und Knappenschaftsvereinen bilden.

Die von den Tarifverbänden, nämlich dem Deutschen Bergarbeiterverband und dem Christlichen Bergarbeiterverband, einberufene Demonstration in Wansleben sah eine Entschliebung, die treffend ergänzt, was Leopold vermag. Sie brachte zum Ausdruck, daß die Bergarbeiterlöhne völlig unzureichend sind, forderte Wiedereinführung des Achtstundentages, knappschäftliche Familienunterstützung und Erreichung dieser Ziele unter Führung der Gewerkschaften. Sie verurteilte das arbeiterfeindliche Wirken der „vaterländischen“ Arbeitervereine unter Führung von Konzerndirektoren auf das entschiedenste und spricht deren Vertretern das Recht ab, im Namen der Bergarbeiter zu sprechen.

## Die preussischen Beamtengehälter.

Das Landessekretariat Preußen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes veröffentlichte eine Arbeit: „Die preussischen Beamtengehälter. Gegenüberstellung der preussischen Beamtengehälter nach dem Stande von 1914 und 1. Dezember 1924.“

In dieser kurzen Denkschrift, welche auch dem Landtag und den Behörden zugegangen ist, wird nachgewiesen, daß den preussischen Beamten der Besoldungsgruppen I bis IV heute am Realeinkommen rund 40 Proz. gegen die Bezüge von 1914 fehlen. Etwas besser stehen die Beamten der Besoldungsgruppen V bis IX, denen im Durchschnitt noch 32 Proz. am Realeinkommen gegen die Vorkriegsbezüge fehlen. Am besten haben die Beamten der Besoldungsgruppen X—XIII abgeschnitten, welchen aber immer noch rund 23 Proz. zum Realeinkommen von 1914 fehlen.

Die in weitesten Kreisen der Öffentlichkeit verbreitete und leider durch amtliche Darstellungen gestützte Meinung, die Beamten bezögen heute vollkommen ausreichende Gehälter, muß demnach revidiert werden, und es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um der Not, die namentlich bei den Beamten der unteren Besoldungsgruppen einen bedenklichen Stand erreicht hat, ein Ende zu bereiten. Dazu ist eine Neuformung der Beamtenbesoldung und auch eine Neuorganisation des Beamtenrechts notwendig. Für Preußen muß daneben noch die Forderung erhoben werden, daß die im Reich bereits durchgeführte Umdenkerung der Personalordnung und der Behördenorganisation nachgeholt wird, damit die Bezüge der preussischen Beamten, welche in vielen Fällen hinter den Gehältern der Reichsbeamten zurückbleiben, diesen angeglichen werden können.

## Der dänische Transportarbeiterstreik.

Von unserem Kopenhagener Korrespondenten.

Die dänische Auslieferung dauert nun neun Wochen, der Transportarbeiterstreik mehr als eine Woche, ohne daß ein Ende des Konflikts abzusehen wäre. Der Transportarbeiterstreik gelangte nicht zuletzt dadurch zur Entfaltung, daß die Verhandlungen zwischen der Eisenindustrie und dem Fabrikarbeiterverband sich zerklüften. Die kleineren Gewerkschaften verhandelten auch jetzt noch. Sie sind teilweise auch zu einer Einigung mit den Arbeitgebern gelangt. Aber solange die Regelung mit dem Fabrikarbeiterverband, der mit seinen 90000 Mitgliedern die stärkste Gewerkschaft Dänemarks ist, aussteht, bleiben die Arbeitgeber bei ihrer Generalauslieferung. Das macht die Lösung des Konfliktes sehr schwierig. Der Ausgang des Kampfes ist deshalb im Augenblick noch unabschbar.

Die Regierung führte in den letzten Tagen wiederholt Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften, die in erster Linie den Arbeiten in lebenswichtigen Betrieben, also insbesondere der Nahrungsmittel- und landwirtschaftlichen Exportis als Hauptnahrungsmittel Dänemarks galten. Bei beiden Parteien wurde natürlich auch über die Möglichkeit eines Kompromisses sondiert. Immerhin hat aber die Regierung andererseits öffentlich erklärt, daß sie es ablehnt, zugunsten der „Wirtschaft“ alias Arbeitgeber einen Druck auf die Gewerkschaften auszuüben. Die Opposition der bürgerlichen Presse schlägt darum von Tag zu Tag einen schärferen Ton an.

Ganz allgemein ist zu sagen, daß die Versuche der Arbeitgeber, die Transportarbeiten, und zwar vor allem das Ent- bzw. Beladen der Schiffe, durch Streikbrecher verrichten zu lassen, gescheitert sind. Fast nur die nicht zu der Reederei-Bereinigung gehörenden Provinzdamper fahren mit Fracht, während der Ueberseeverkehr von Dänemark aus und über Dänemark vollkommen lahmgelegt ist. Inzwischen hat auch die Seelente-Gewerkschaft ihren Sympathiestreik angefangen. Er soll am Dienstag nach Pfingsten in Kraft treten, wenn der Konflikt bis dahin nicht beendet ist. Eine Erweiterung

hat der Streik jetzt schon insofern erfahren, als die Kranführer ebenfalls die Arbeit niedergelegt haben, weil ihnen Streikbrecherarbeit zugemutet wurde. Die Gewerkschaften wollten den landwirtschaftlichen Export unter gewissen Bedingungen besorgen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften lehnten das jedoch ab und wollen jetzt ihre Transporte durch die eigenen Familienmitglieder besorgen lassen.

Es scheint mehr als zweifelhaft, ob es gelingen wird, die Gewerkschaften niederzukämpfen. Vorläufig wird noch der ganze Land- und Schiffsverkehr der Industrie vom Streik betroffen, und darauf kommt es schließlich an.

Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß die Auswirkungen des Streiks, insbesondere der Streikbrecherarbeit, auf die Dauer zu Zusammenstößen und Unruhen führen. Der Justizminister hat deshalb Vorkehrungen getroffen, und die Polizeibehörden für solche Fälle angewiesen, sich mit den Gewerkschaften ins Einvernehmen zu setzen und Gewerkschaftler als Hilfspolizisten zu Rate zu ziehen. Natürlich wird dieser Erlaß von den Rechten, die mit unseren Deutschnationalen fast alles gemein haben, wenn es gilt, die Arbeiterschaft niederzuknüppeln, scharf angegriffen. Alles in allem schafft der Arbeitskonflikt viel Zündstoff, der sich wahrscheinlich auch entsprechend der Dauer des Streiks auf das politische Leben ausdehnen wird. So dürfte die Einberufung des Parlaments aus Anlaß des Arbeitskonflikts zum Zwecke einer Stellungnahme zu den umstrittenen Fragen immer wahrscheinlicher werden.

## Bewegung im französischen Bergbau.

Paris, 25. Mai. (WZB.) In Douai fand am Sonnabend eine Konferenz zwischen den Vertretern der Grubenbesitzer und den Vertretern der Grubenarbeiter statt, in der die Arbeitgeber ihre Absicht, die bis jetzt gewährte Teuerungszulage zu beseitigen, aufrechterhielten. Darüber hinaus erklärten die Vertreter der Gruben, daß sie angesichts der Krise noch fordern müßten, daß der Transportpreis für die Kohle innerhalb Frankreichs herabgesetzt werde und daß die Einfuhr deutscher Kohle nur gegen Einbürgerung gestattet werde.

Die Grubenarbeiter haben eine zeitliche Lohnerhöhung von 40 Prozent verlangt. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wollen ihre Differenzen am Mittwoch dem Arbeitsminister unterbreiten.

Gelingt es dem Arbeitsminister nicht, eine Verständigung herbeizuführen, wird es zu einem Streik der Bergarbeiter kommen.

Wahlung! Zimmerer! Mittwoch, den 27. Mai 1925, im Saalbau Friedrichshain (am Ringsteiner), außerordentliche Mitgliederversammlung. Unsere Antwort auf die von den Unternehmern geforderte Einführung der 40 Stunden Arbeit. Kommt nicht zum ersten Male. Die Berliner Bauunternehmer aller in Bewegung, um auch die Berliner Zimmerer für die 40 Stunden Arbeit einzulassen. Es ist ihnen früher nicht gelungen, es darf ihnen auch heute auf keinen Fall gelingen. Aus allen 44 Bezirken müssen die Kameraden unbedingt in der Versammlung erscheinen. Zentralverband der Zimmerer, Jahreshaus Berlin und Umgebung.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

101. Abt. Treptow, Dienstag, 7 1/2 Uhr, Expedition, Schiller 30, Sitzung der Expeditionskommission.

Wahlung Jungsozialisten. Wie Hamburgfahrer, die an dem Ziel der Berliner zum Ansehen mitwirken wollen, müssen sich am Dienstag, den 26. Mai, um 1/2 8 Uhr im Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, Kochstraße 13, einfinden.

## Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

92. Abt. Kreuzberg, Dienstag, nachm. 6 1/2 Uhr im Krematorium Baumhalsweg Einlieferung des Genossen Pohwald.

## Sport.

### Rennen zu Karlshorst am Sonntag, den 24. Mai.

1. Rennen. 1. Handmühl (H. Thiel), 2. Wilmsheld, 3. Schand II. Toto: 20 : 10. Platz: 11, 14, 10 : 10. Ferner liefen: Nie, Tsch. Joghil, Juanilla III.
2. Rennen. 1. Octavio (W. Dertel), 2. Wainberg, 3. Martini. Toto: 16 : 10. 3. liefen.
3. Rennen. 1. Rüdgrat (H. Ubler), 2. Escorial, 3. Wetterberg. Toto: 20 : 10. Platz: 11, 11 : 10. Ferner lief: Kundschen, 4. liefen.
4. Rennen. 1. Weikarola (H. Dauter), 2. Trompeter, 3. Wastlone. Toto: 62 : 10. Platz: 15, 13 : 10. Ferner lief: Landemar, 4. liefen.
5. Rennen. 1. Roldorn (H. Ubler), 2. Jammellapp, 3. Kart. Toto: 85 : 10. Platz: 21, 22, 17 : 10. Ferner liefen: Kappelmann, Lebensbaum, Raufbold, Centraljag.
6. Rennen. 1. Lump (G. Eich), 2. Käuferum, 3. Maschner. Toto: 25 : 10. Platz: 12, 17, 14 : 10. Ferner liefen: Glückquelle, Sautri, Abemjage, Japs, Seewarte, Stephanis.
7. Rennen. 1. Hippigo (H. Krüggler), 2. Leander, 3. Riederwald. Toto: 13 : 10. 3. liefen.

Die Treptower Kadrennen abgebrochen. Infolge Regenwetters mußten die Treptower Kadrennen abgebrochen und auf Dienstag verschoben werden.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: Rieck, Ebforn; Revisionen: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fein Karthaus; Kurieren: Th. Glöck; Schriftlich in Berlin: Berlog; Sport: Berlin G. m. b. H.; Berlin. Druck: Sport-Verlag und Verlagsanstalt Teufel, Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

**Metropol-Theater**  
8 Größter Erfolg! 8  
Tausend süße Beinchen  
mit Lea Seidl, Arno, Sikia  
2, 3, 4, 5, 6 M.

**WALHALLA-THEATER**  
Weinbergsweg, No. 10, Theater Tor.  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Ensemble-Gaspiel**  
des Metropol-Theaters  
Der große Schlager  
**Gräfin Mariza**  
Original-Besetzung  
Ausstattung  
Preise: 0.75 - 4.50 M.

**Abessinier-Pumpen,**  
Köhren-Füller,  
Kranstühle,  
Fräse- und große  
Kleinsten & Co.  
Pumpenfabrik,  
Berlin 48,  
Reinickendorfer Str. 28.

**Eile-Sänger**  
Das große Mal-Programm

**WINTERGARTEN**  
1. Der glänz. Mal-Spielplan (London)  
1. Der glänz. Mal-Spielplan (London)

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr, Sonntag und an beiden  
Pflanz-Clubs, nachm. 3 Uhr:  
**Steiniger Sänger**  
Neu: Das Deutsche Meer  
Nachm. 10 Uhr Preis: volles  
Abendprogramm!  
**Dönhoff-Uretti**  
Saal und Garten  
Der wunderf. Mal-Programm

**Bekanntmachung.**  
14. Nachtrag  
zu den Satzungen der Allgemeinen  
Ordnungskasse Berlin-Pankow.  
Beschl. in der  
Ausführung am 27. April 1925.  
Die Kassenbeiträge werden für alle Ver-  
bände auf 7 Hundertel, für Einzelne  
ohne Entgelt auf 5 Hundertel des in  
§ 19 festgesetzten Grundlohns bemessen. Die  
Beiträge werden für jeden Kalendertag be-  
rechnet.  
§ 67 Abs. 1  
erhält folgende Fassung:  
Die Beiträge für unbändig Beschäftigte  
werden auf 6 Hundertel des Grundlohns  
(§ 149-152 R.-G.-D.) festgelegt und je für  
einen Monat (30 Arbeitstage) berechnet.  
Diese Satzungsänderung tritt nach er-  
folgter Genehmigung und Veröffentlichung  
mit dem nächsten Monatsanfang in Kraft.  
Berlin-Pankow, den 27. April 1925.  
Der Vorstand  
D. S. Ritz, Vorsitzender.

**Tapeten**  
25 Pl. 30 Pl. 35 Pl.  
Die neuartigsten in allen Verlagen — herrliche Muster  
**Tapeten-Magazin Humboldt**  
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße  
nur 1 Gang, kein Laden  
(Minutrel, daher Kaufpreis ganz billig.)  
Botschafter erhält 20% Rabatt.

**Genehmigt**  
Charlottenburg, den 15. Mai 1925.  
Oberverwaltungsamt Berlin.  
Im Auftrag:  
Unter-Schrift.  
Ausfertigung: (L. S.)  
Nr. 11 B. K. 221/25.  
Vorhergehender Nachtrag wird hiermit ver-  
öffentlicht und tritt mit dem 1. Juni 1925  
in Kraft.  
Der Vorstand  
D. S. Ritz, Vorsitzender.

**Aufbauroman!**  
**Gartenarbeit mit 11 ja! schon!**  
Doch wollen die meine hundert sein?  
Ihrer Tausend als Mann im Fort  
Obst ist ein Gartenmann der Fort.  
Dass man nicht mehr nimmt allein,  
Ein Garten bleibt glatt, die hundert sein.

**Prof. Dr. Schleich's Wachsmorseife**  
in blauer Blechdose, frisch gepackelt ist  
in jedem einschlägigen Geschäft zu haben.  
Wichtig! Beachten Sie besonders das Insetat!  
Sammeln Sie die Deckel der leeren Dosen!  
**CHEMISCHE FABRIK SCHLEICH GMBH BERLIN NW6**

**Verkäufe**  
Kammern-Rohmaschinen für Haus-  
gebrauch und Gewerbe, Teilzahlung,  
Reparatur-Werkstatt für alle Systeme,  
Emil Halberth G. m. b. H., Friedrich-  
straße 55, Berlin 1008.

**Bekleidungsstücke, Wäsche usw.**  
Wannagardstraße, Köpenicker Str. 56,  
eine Treppe, Rosenhäger Platz, von  
Millionären, Berlin, Kuppeln, tunte  
Zeit, erlesene Konfektionsarbeiten, be-  
sondere billige Preise, Herrenanzüge, Ein-  
mans, Einfamilienhäuser, Teilzahlungen,  
Gummihüte, Bekleidungsstücke in  
neuer Garbarten, Weiblicher Weg  
fahren.

**Möbel**  
Küchenmöbel, Kellermöbel, Kleider-  
schrank, Schließkassen, Wägen,  
Staubsauger, etc. etc.

**Musikinstrumente**  
Klavier, Harmonium, etc.

**Kaufgesuche**  
Kaufgesuche, etc.